„Wir sind die Stimme ohne Maulkorb“

Dr. Christian Öttl über Ziele des FVDZ-Bundesverbands

Standespolitik wirkt oft im Hintergrund, die Auswirkungen gesundheitspolitischer Entscheidungen in Berlin sind im Praxisalltag jedoch unmittelbar spürbar. Auf der Hauptversammlung des Freien Verbands Deutscher Zahnärzte (FVDZ) in Kassel standen drei wichtige Themen auf der Agenda: die Zukunft der Freiberuflichkeit, die Attraktivität der Niederlassung und die politische Interessenvertretung des Berufsstandes.



Die Zahnärzteschaft müsse nun an einem Strang ziehen, um ihre Ziele durchzusetzen, mahnt der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Christian Öttl.

Im Gespräch erläutert der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Christian Öttl aus München, welche Rolle sein Verband künftig spielen will und warum es gerade in gesundheitspolitisch herausfordernden Zeiten eine starke gemeinsame Stimme der Zahnärzteschaft braucht.

BZB: Herr Dr. Öttl, angesichts der neuen Spargesetze werden die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Zahnarztpraxen von vielen Ihrer Kolleginnen und Kollegen zunehmend kritisch bewertet. Welche Rolle muss der FVDZ in den kommenden Jahren einnehmen, um die Freiberuflichkeit und die Niederlassung für die nächste Generation attraktiv zu halten?
Öttl: Der FVDZ muss dafür sorgen, dass die Stimme der Zahnärzteschaft ohne Maulkorb, den die Körperschaften qua Gesetz haben, nach Berlin zu den Entscheidern dringt. Wir müssen den Finger in die Wunde legen und die Bedürfnisse artikulieren. Zugleich müssen wir deutlich machen, dass die freiberufliche Niederlassung zur Aufrechterhaltung der flächendeckenden Versorgung unabdingbar ist.

BZB: In Berlin sprechen häufig mehrere politische Stimmen für den Berufsstand. Wo sehen Sie die jeweiligen Aufgaben von FVDZ, BZÄK und KZBV, und warum braucht die Zahnärzteschaft aus Ihrer Sicht alle drei Organisationen, um politisch wirksam zu sein?
Öttl: Es gibt auf eine kurze Formel gebracht für alle drei eigene Domänen: Die KZBV ist für die Monetik, die BZÄK für die Ethik, und der Freie Verband für die Phonetik zuständig. Aber nur wenn alle zusammen an einem Strang und zwar in die gleiche Richtung ziehen, sind wir als Zahnärzteschaft schlagkräftig. Gerade die uneingeschränkte Meinungsäußerung des FVDZ ist notwendig. Politischer Einfluss wird, wenn überhaupt, oft erst sichtbar, wenn Entscheidungen bereits getroffen sind.



Wie viel Sparpolitik verträgt die Versorgung? Mit Fragen wie dieser beschäftigte sich der FVDZ bei seiner Hauptversammlung. An der Podiumsdiskussion nahm unter anderem auch Christine Aschenberg-Dugnus (rechts), Vorsitzende des Bundesfachausschusses Gesundheit der FDP, teil.

BZB: Woran können Zahnärztinnen und Zahnärzte konkret erkennen, dass die politische Arbeit des FVDZ tatsächlich Wirkung entfaltet und ihre Interessen in der Gesundheitspolitik vertreten werden?
Öttl: Es kann keine bessere Vertretung der Zahnärztinnen und Zahnärzte geben als von Kollegen für Kollegen. Die Verankerung in der Niederlassung zeigt, wo es unter den Nägeln brennt, und deshalb gibt es vom FVDZ Hilfestellungen, wo es notwendig ist. Nicht zuletzt ist eine bundesweite Vertretung in einer zahlenmäßig starken Berufsgruppe wichtig, um schlagkräftig zu sein und in der Politik mit Nachdruck aufzutauchen. Stetige Gespräche mit der Politik, bei denen die praxisrelevanten Themen untergebracht werden, zeigen – wenn auch nicht immer – Wirkung und finden Niederschlag in der Gesetzgebung.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Anita Wuttke (Freie Journalistin).